

Friedrichstraße 169/170  
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin  
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

Nr. 39

02. Oktober 2013

## Inhalt

[dbb Chef Dauderstädt: Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht bessere Perspektiven](#) +++

[Dauderstädt zur Europäischen Sozialpolitik: Appell zur Einhaltung des Subsidiarität-Grundsatzes](#) +++

[Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra:](#)

[Für öffentliche Ämter gilt das Leistungsprinzip](#) +++

[Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung diskutiert über Gendergesundheit](#) +++

[dbb jugend: Verwaltungen brauchen Wissensnachschub](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DSTG: Steuervereinfachung und Kampf gegen Steuerflucht wichtiger als Steuererhöhungen](#) +++

[BSBD kritisiert Mehrfachbelegung in deutschen Gefängnissen](#) +++

[dbb sachsen-anhalt: Leistung entscheidend für die Besetzung von Spitzenfunktionen](#) +++

[dbb schleswig-holstein fordert faire Bezahlung für Lehrkräfte](#) +++

[SBB trifft CDU-Fraktionsspitze: Zukunft des öffentlichen Dienstes gemeinsam gestalten](#) +++

## [Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

## dbb Chef Dauderstädt: Wissenschaftlicher Nachwuchs braucht bessere Perspektiven

**(dbb) Für bessere Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei der Feier zum 40-jährigen Bestehen der dbb-Mitgliedsgewerkschaft Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw) am 27. September 2013 geworben. „Wir müssen dem wissenschaftlichen Nachwuchs bessere Perspektiven bieten. Mittlerweile dominieren aber Befristungen im Hochschulbereich, betroffen sind etwa drei Viertel der Stellen. Die Folge ist die Abwanderung junger Forscher ins Ausland. Im Interesse von Deutschland als Wissenschaftsstandort können wir das nicht hinnehmen“, sagte der dbb Chef.**

Zudem endeten viele wichtige Projekte für die Finanzierung des Wissenschaftssystems in den nächsten Jahren und bedürften der zeitgerechten Erneuerung. Als Beispiele dafür nannte Dauderstädt den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative, den Pakt für Forschung und Innovation sowie die Hochschulbauförderung. Zur Attraktivität des System gehöre aber auch eine angemessene Vergütung für alle Beschäftigten. Für die kommende Legislaturperiode erwartet der dbb Bundesvorsitzende eine weitere Reform des Föderalismus, bei der auch Bildungs-

fragen, insbesondere das Kooperationsverbot mit dem Bund, thematisiert werden. In diesem Zusammenhang könnte auch die Zuständigkeit für Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht neu diskutiert werden. „Dieser Debatte werden sich der vhw mit seiner Fachkompetenz als Interessenvertretung für alle Hochschularten sowie die dort tätigen Beschäftigtengruppen und der dbb gemeinsam stellen“, sagte Dauderstädt.  
(01/39/13)

## Dauderstädt zur Europäischen Sozialpolitik: Appell zur Einhaltung des Subsidiarität-Grundsatzes

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende und Vizepräsident der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) Klaus Dauderstädt hat am 25. September 2013 einen Appell zur Einhaltung des Subsidiarität-Grundsatzes an die Europäische Kommission gerichtet. Dort wird gegenwärtig eine Mitteilung zur europäischen Sozialpolitik vorbereitet, die im Oktober veröffentlicht werden soll. Jede Ebene müsse die staatlichen Aufgaben verantworten, die sie selbst am besten wahrnehmen könne, so der dbb Chef. „Sicherlich braucht Europa zusätzlich zu den Reformen und Sparanstrengungen eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die Sozialpolitik muss aber abgesehen von den im europäischen Vertragsrecht bereits geregelten Fragen weiterhin von den Mitgliedstaaten verantwortet werden.“**

„Natürlich erfordert die europäische Solidarität von uns, dass wir uns beispielsweise mit der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas auseinandersetzen, gemeinsam nach Lösungen suchen. Das bedeutet aber nicht, dass die soziale Sicherung zentral aus Brüssel geregelt werden kann“, sagte Dauderstädt, der auch Vorsitzender des CESI-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ist. Die Sozialpolitik berühre gesellschaftliche Grundsatzentscheidungen. „Wir haben es hier mit einem hochsensiblen Gegenstand zu tun, der einer besonderen demokratischen Legitimation bedarf und mög-

lichst bürgernah entschieden werden muss.“

Dauderstädt sprach sich gegen eine umfangreiche Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene aus: „Ich sehe gar nicht, wie das funktionieren sollte. Es würden 28 Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Wünsche durchsetzen wollen. Von der EU bliebe nicht mehr viel übrig.“ Der beste Weg, eine solche Entwicklung zu vermeiden, sei in der Selbstbeschränkung Brüssels zu suchen. „Die EU-Kommission muss sich auf die großen Fragen, die Bankenunion, die Re-Regulierung der Fi-

nanzmärkte und die Stabilisierung der Eurozone konzentrieren, nicht auf Sozialpolitik. Letztere können die einzelstaatlichen Parlamente

und vor allem die Sozialpartner in den Mitgliedstaaten besser.“  
(02/39/13)

## **Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: Für öffentliche Ämter gilt das Leistungsprinzip**

**(dbb) Der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretende Vorsitzende Hans-Ulrich Benra hat am 26. September 2013 in Berlin darauf hingewiesen, dass öffentliche Ämter nach den Kriterien Eignung, Befähigung und fachliche Leistung zu vergeben sind: „Für die Besetzung öffentlicher Ämter gilt mit Verfassungsrang, Art. 33 Abs. 2 GG, das Leistungsprinzip. Beziehungen dürfen nicht über Leitungspositionen entscheiden. Sonst leidet die Qualität unserer Verwaltung.“**

Die BILD (Ausgabe vom 26. September 2013) hatte darüber berichtet, dass mehrere Mitarbeiter der ehemaligen FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag in die Bundesverwaltung zurückkehren, einige auf höher dotierte Posten. Der dbb Vize warb dafür, bei der Besetzung von Referats- und Unterabteilungsleiterposten in den Ministerien den Personalrat ein-

zubinden. „Die Personalvertreter haben neben ihrem Know-how in Sachen Beschäftigungsbedingungen eine große fachliche Kompetenz in ihrem Arbeitsbereich. Eine kluge politische Führung würde das nutzen und die Mitbestimmung auch bei Beförderungen mit Leben füllen.“  
(03/39/13)

## **Hauptversammlung der dbb bundesfrauenvertretung diskutiert über Gendergesundheit**

**(dbb) Korrekturen bei der Finanzierung und Organisation des Gesundheitswesens hat die dbb bundesfrauenvertretung auf ihrer Hauptversammlung am 27. September 2013 in Potsdam gefordert. Die Vorsitzende Helen Wildfeuer sagte bei einer Podiumsdiskussion zur Gendergesundheit: „Die Umverteilung der Personalmittel zugunsten einer besseren personellen Ausstattung und höherer Löhne in der Krankenpflege ist unausweichlich. Das deutsche Gesundheits- und Pflegewesen ist mit der Überalterung der Gesellschaft heillos überfordert. Schon jetzt hängen die meisten Kliniken am Spartropf. Es sind Milliardenüberschüsse bei den Kassen da. Diese müssen gerechter verteilt werden.“ Darüber hinaus müsse auch für eine Förderung von präventiven Maßnahmen im Berufsalltag sowie eine gerechte Zuweisung von geschlechterspezifischen Gesundheitsleistungen gesorgt sein.**

Die Vorsitzende warnte zudem vor den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das Gesundheitswesen im ländlichen Raum. Auf der einen Seite steige die Zahl der Älteren, die auf eine gesundheitliche Versorgung und Pflege angewiesen sind. Auf der anderen Seite würden Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gezwungen, weiter Personal abzubauen und Behandlungen auf ein Minimum zu beschränken. „Das zehrt an der Gesundheit der überwiegend weiblichen Pflegekräfte. Wenn jetzt nichts passiert, werden die Pflegenden bald selbst zu Patientinnen.“  
Von der Arbeitgeberseite erwarte die dbb bundesfrauenvertretung ein „ehrlich gemeintes“ Gesundheitsmanagement. „Was wir brauchen,

sind sattelfeste Vorgesetzte, die Überlastungsmeldungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ernst nehmen, diese nach oben durchreichen und mit Nachdruck daran arbeiten, Gesundheitsförderung in Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen passgenau und geschlechterspezifisch zu gestalten“, sagte Wildfeuer. Vor allem schlecht organisierte Arbeitsprozesse, Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Fehler in der Personalführung, starre Arbeitszeiten und fehlende Handlungsspielräume infolge von hoher Arbeitsverdichtung führten zu Stress und Frustration bei den Beschäftigten.

Zudem beanstandete Helene Wildfeuer den Mangel an weiblichen Führungskräften auf allen Ebenen des Gesundheitswesens: „Wir brauchen den weiblichen Blick auf die Gesundheitsversorgung. Dafür müssen wir Frauen an entscheidender Stelle in die Organisation des Gesundheitswesens einbinden.“ Hier müssten die Vorstände gesetzlicher und privater Versicherer ebenso in die Pflicht genommen werden wie das Krankenhausmanagement. Aber auch

in den berufsständischen Organisationen, in den Personalvertretungen und in der Lehre medizinischer Berufe müssten deutlich mehr Führungspositionen mit Frauen besetzt werden. Damit einhergehen müsse eine stärkere Sensibilisierung für das Thema der gendersensiblen Gesundheitspflege bereits in der Ausbildung.  
(04/39/13)

## **dbb jugend: Verwaltungen brauchen Wissensnachschub**

**(dbb) Am 20. und 21. September 2013 hat der Bundesjugendausschuss der dbb jugend auf seiner regulären Halbjahrestagung in Königswinter die Forderungen zur nächsten Einkommensrunde diskutiert. Außerdem standen die Folgen der demografischen Entwicklung für den öffentlichen Dienst auf der Agenda. Diesbezüglich waren sich die Junggewerkschafter einig, dass grundsätzlich rechtzeitig für Wissensnachschub in den Verwaltungen gesorgt werden muss.**

In sechs Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer daher mit der Frage, wie der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig bleiben kann. Als Maßnahmen kommen aus Sicht der dbb jugend

insbesondere der Ausbau familienfreundlichen Arbeitens und die lebensphasengerechte Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten in Frage.  
(05/39/13)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **DSTG: Steuervereinfachung und Kampf gegen Steuerflucht wichtiger als Steuererhöhungen**

**(dbb) In einem Interview mit dem Radiosender „HR Info“ am 27. September 2013 kritisierte der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler scharf die derzeitige Diskussion um Steuererhöhungen. Statt über Erhöhungen müsse über falsche Strukturen nachgedacht und das Steuerrecht grundlegend vereinfacht werden, forderte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.**

Auch das „Sich-arm-rechnen“ von Unternehmen über die Grenzen in Europa hinweg müsse bekämpft werden. „Und was ist mit den Hunderten Milliarden Schwarzgeldern von deutschen Steuerzahlern, die weltweit versteckt werden?“, fragte der DSTG-Chef. Eigenthaler kritisierte in diesem Zusammenhang, dass das Personal in den deutschen Finanzämtern künstlich knapp gehalten werde. Mit dem jetzigen Bestand könne man nicht mehr vernünftig arbeiten. Der gesetzliche Auf-

trag, Steuern gleich- und gesetzmäßig festzusetzen, verkomme zu einer Besteuerung nach dem Zufallsprinzip. Schwarzgeld und Steuerschlupflöcher blieben immer häufiger unentdeckt. Gerade diese Fragen müssten in einem neuen Koalitionsvertrag angegangen werden. „Es ist falsch, wieder beim ehrlichen Steuerzahler anzufangen und dem immer noch mehr drauf zu packen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende.  
(06/39/13)

## BSBD kritisiert Mehrfachbelegung in deutschen Gefängnissen

**(dbb) Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) hat auf seiner Jahrestagung der Landesvorsitzenden in Schleswig am 26. September 2013 die Belegungssituation in deutschen Gefängnissen als „nach wie vor dramatisch“ bezeichnet. Zwar habe sich in den meisten Bundesländern die Sachlage im Zehn-Jahres-Vergleich entspannt. „Von der angestrebten Einzelunterbringung sind wir allerdings noch weit entfernt“, sagte der BSBD-Bundesvorsitzende Anton Bachl.**

„Statt die rückläufigen Gefangenenzahlen für eine Verbesserung der Betreuung zu nutzen, denkt die Politik nur über Einsparmaßnahmen und dabei in erster Linie über Personalabbau nach“, so Bachl weiter. „Dabei wäre es politisch weitsichtiger, die sich aufgrund des abnehmenden Belegungsdrucks und der steigenden Steuereinnahmen ergebenden Handlungsspielräume zu nutzen, den Vollzug baulich und qualitativ sachgerecht auszustatten. Schließlich dürfte auch dem letzten Fachpolitiker zwischenzeitlich klar geworden sein, dass der beste Schutz vor Kriminalität die gelungene Wiedereingliederung von Straftätern ist.“

Der BSBD verweist auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Der in den Landesgesetzen vorgesehenen Einzelunterbringung nähern

sich nur Hamburg mit einer Mehrfachbelegung von 5 Prozent und das Saarland mit 9 Prozent an. Alle weiteren 14 Bundesländer bringen zwischen 11 und 53 Prozent der Inhaftierten in Gemeinschaftshaft unter. An der Spitze liegt Thüringen mit einer Mehrfachbelegung von 53 Prozent, danach folgen Baden-Württemberg (42), Bayern (41) und Sachsen (39). Dabei gebe es gute Gründe für die Einzelunterbringung, so der BSBD weiter: Mehrfachbelegungen erschweren die Resozialisierungsbemühungen, begünstigen die Bildungen von Subkulturen, leisteten Gewalttaten der Gefangenen untereinander Vorschub und beeinträchtigten dadurch nicht zuletzt die Sicherheit der Bediensteten.  
(07/39/13)

## dbb sachsen-anhalt: Leistung entscheidend für die Besetzung von Spitzenfunktionen

**(dbb) Der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, hat am 27. September 2013 darauf hingewiesen, dass es nicht entscheidend sei, ob ein Beamter mit Spitzenfunktion im öffentlichen Dienst aus dem Osten, Westen, Süden oder Norden komme: „Statt der Herkunft ist die Eignung, Befähigung und Leistung entscheidend für die Besetzung von Spitzenfunktionen. Das ist im öffentlichen Dienst nicht anders als in der Wirtschaft.“**

Damit reagierte Wagner auf eine Recherche der Wochenzeitung „Die Zeit“, nach der von 192 Abteilungsleitern in den Ministerien der neuen Länder 146 aus der alten Bundesrepublik kommen. In Sachsen-Anhalt sind nur neun der 40 Abteilungsleiter im Osten aufgewachsen. „Manche West-Beamte sind nach der Wende nach Sachsen-Anhalt gekommen und ganz schnell wieder gegangen, viele sind aber geblieben und haben ihr Wissen und ihre Er-

fahrungen als Aufbauhelfer in den Ministerien und den nachgeordneten Dienststellen eingebracht“, sagte dbb Landesvorsitzende. Er halte von solchen Erhebungen wenig, so Wagner weiter. Schlagzeilen wie in der Ausgabe der Tageszeitung „Volksstimme“ vom 26. September 2013 „Beamte aus dem Westen geben im Land den Ton an“ seien tendenziös und schürten bewusst Vorurteile.  
(08/39/13)

## dbb schleswig-holstein fordert faire Bezahlung für Lehrkräfte

**(dbb) Die Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, Anke Schwitzer, hat eine faire Bezahlung für Lehrkräfte gefordert. Hintergrund ist ein Bericht des NDR vom 1. Oktober 2013, in der über Dumpinglöhne im Lehrerbereich berichtet wurde. Viele Lehrkräfte, die mit Zeitverträgen als Vertretungskräfte angestellt sind, „hangeln“ sich demnach teilweise über Jahre von Vertrag zu Vertrag. Zudem würden Realschullehrer vielfach nicht entsprechend ihrer Ausbildung bezahlt und ihre Jobs endeten mit dem Ferienbeginn.**

Angesichts des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst sei das ein unglaublicher Vorgang, meinte Schwitzer. Obwohl die Landesregierung von Schleswig-Holstein sich unter anderem für Tariftreue und Mindestlöhne einsetze, schrecke sie offensichtlich vor Dumpinglöhnen beim selbst ausgebildeten Personal nicht zurück. „Das ist nicht nur extrem kurzfristig, sondern

zugleich ein skandalöser Umgang mit Menschen, die sich noch mit ihrem Beruf identifizieren“, sagte die Landesvorsitzende. „Wer sollte zukünftig noch motiviert sein, Lehrer in Schleswig-Holstein zu werden, wenn die Rahmenbedingungen so mies sind?“  
(09/39/13)

## SBB trifft CDU-Fraktionsspitze: Zukunft des öffentlichen Dienstes gemeinsam gestalten

**(dbb) Am 24. September 2013 kamen Vertreter der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) zu einem Gespräch mit der CDU-Fraktionsspitze im Sächsischen Landtag zusammen. Hauptthema war eine kritische Auseinandersetzung mit den zukünftigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes in Sachsen vor dem Hintergrund des geplanten Schuldenabbaus, der demografischen Entwicklung sowie des Rückgangs der Einnahmen aus dem Solidarpakt.**

**Angesprochen wurden Befürchtungen, dass das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger immer weiter zurückgehen könnte. Sicherheit, Bildung, Steuergerechtigkeit und eine funktionierende Justiz seien wichtige Aufgaben, so der SBB-Vorsitzende Gerhard Pöschmann. „Diese Ziele kann man nicht durch Privatisierung, ständigen Personalabbau und der damit verbundenen andauernden Frustration der Betroffenen erreichen.“**

Der CDU-Fraktionsvorsitzender Steffen Flath teilte die Auffassung des SBB, dass die Frage, wie viel Staat sich Sachsen in Zukunft leisten muss und kann, unter der Prämisse des geforderten Personalabbaus neu diskutiert werden müsse. Einig waren sich die Gesprächspartner auch, dass ein tragfähiges Personalkonzept die Voraussetzung sei, um alle Bereiche des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit den Gewerkschaften und den zuständigen Personalvertretungen in allen Ministerien einer konstruktiven Aufgabenkritik zu unterziehen.

Im Gespräch wurden weiterhin mögliche Maßnahmen erörtert, um der sich ungünstig entwickelnden Altersstruktur der Beschäftigten entgegenzuwirken. Dabei standen Fragen des Gesundheits-Managements, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes im Mittelpunkt. Einen breiten Raum nahm auch die Diskussion der SBB-Forderung ein, die willkürlichen Praktiken bei Ausschreibungen im öffentlichen Nahverkehr und das damit verbundene Lohn-dumping zu beenden.  
(10/39/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Mit Trauer und Betroffenheit hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) auf die überraschende Nachricht vom Tod seines Ehrenvorsitzenden und langjährigen früheren Vorsitzenden, **Bernhard Fluck**, am 27. Sep-

tember 2013 reagiert. Der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger würdigte den Verstorbenen als profilierten Anwalt eines starken Gymnasiums und überzeugten Verfechter eines gegliederten Schulwesens in Deutschland, der

immer auf die Kraft der Argumente und nicht auf bloße Behauptungen und Polemik gesetzt habe. Insbesondere habe dieser sich bei der Wiedereinführung der Gymnasien in den neuen Bundesländern nach der Wende unschätzbare Verdienste um das Gymnasium und die Bildungsqualität in Deutschland erworben. Bernhard Fluck war von 1980 bis 1992 Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes. Zudem saß er von 1981 bis 1992 der Expertenkommission Schule, Bildung und Wissenschaft im dbb vor. Der DPhV-Vorsitzende Meidinger sprach den Angehörigen von Bernhard Fluck, insbesondere seiner Frau, seinen beiden Töchtern und den Enkeln das tiefe Mitgefühl des gesamten Verbandes aus und versprach: „Der DPhV wird seine Verdienste nie vergessen und seinem verstorbenen Ehrenvorsitzenden ein ehrendes Andenken bewahren.“

**Ewald Schmidt** ist zum Ehrenvorsitzenden der Gewerkschaft BTE Mess- und Eichwesen ernannt worden. In Lüneburg, seiner Geburtsstadt, wurde am 27. September 2013 auf diese Weise bei einer BTE-Bundesvorstandssitzung sein langjähriges Engagement gewürdigt. „Den Spruch: ‚Dem Eichen sollst Du weichen!‘ hast Du weder bei Sonnenschein, noch bei Sturm oder gar bei Gewitter beherzigt“, sagte der BTE-Bundesvorsitzende Ronald Kraus in seiner Laudatio. „Auf Dich war – und ist – immer Verlass. Immer können wir Dich suchen.“ Schmidt gehörte dem BTE-Bundesvorstand in verschiedenen Funktionen viele Jahrzehnte an. Von 2000 bis 2012 führte er die Eichgewerkschaft als Vorsitzender, bis er aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat.

Auf die große Problematik bei der Rekrutierung von Ärzten für den kommunalen Öffentlichen Gesundheitsdienst hat der dbb Fachvorstand Tarifpolitik und zweite Vorsitzende **Willi Russ** bei Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) am 25. September 2013 hingewiesen. Unterstützt wurde Russ dabei von **Johannes Nießen**, dem Stellvertretenden Bundesvorsitzenden vom Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD). Immer mehr Stellen blieben auf Dauer unbesetzt, weil die Einkommensunterschiede zu den Ärzten in kommunalen Krankenhäusern zu groß seien, so Russ. Eine nur optionale Zulage, wie sie derzeit von den Arbeitgebern gezahlt werden kann, lehne der dbb ab. Vielmehr müssten die Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst zukünftig einen tarif-

vertraglichen Anspruch auf mehr Geld haben und dürfen nicht vom Gutdünken des Arbeitgebers abhängen. Die VKA-Vertreter erklärten hingegen, dass sie keine Problematik bei der Nachbesetzung freiwerdender Stellen erkennen könnten. Allerdings wolle man die von dbb und BVÖGD vorgebrachten Punkte intern erneut bewerten. Danach sollen die Gespräche fortgesetzt werden.

BBW-Chef **Volker Stich** hat Ende September den neuen Präsidenten des Landkreistages, Landrat **Joachim Walter**, zu einem ersten Gedankenaustausch in Stuttgart getroffen. Im Mittelpunkt der Unterredung stand die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, insbesondere in den Landratsämtern. Stich, der zugleich stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, und Walter waren sich einig, dass die anhaltenden Sparmaßnahmen des Landes Baden-Württemberg erheblich zur Verschlechterung der Stimmung innerhalb des öffentlichen Dienstes beigetragen haben.

Einen Tag bevor der Doppelhaushaltentwurf 2014/2015 in den rheinland-pfälzischen Landtag eingebracht werden sollte, hat die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, **Lilli Lenz**, am 30. September 2013 erneut den harten Sparkurs auf Kosten des öffentlichen Dienstes kritisiert: „Insbesondere die Beamten und Versorgungsempfänger im Landes- und Kommunaldienst sollen auf der Basis der rot-grünen Koalitionsvereinbarung weiterhin bluten und einen Hauptteil der Konsolidierung tragen. Insgesamt geht das deutlich an die Substanz. Wir warnen vor einem Kaputtsparen des öffentlichen Dienstes und fordern eine sofortige Abkehr von solchen Sonderopfern.“

Am 30. September 2013 kamen Vertreter der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) zu einem Gespräch mit dem sächsischen Finanzminister Georg Unland zusammen. Angesprochen wurden die im Zusammenhang mit der Schuldenbremse und zurückgehenden Einnahmen aus dem Solidarpakt stehenden Probleme für den öffentlichen Dienst Sachsens. Der SBB-Landesvorsitzende **Gerhard Pöschmann** machte klar, dass ein weiterer Abbau von staatlichen Dienstleistungen und damit auch des Personals nicht möglich sei. Die Aufgaben des öffentlichen Dienstes müssten neu überdacht werden. Darüber hinaus wurden mögliche Altersübergangsmodelle für Beamte, das Gesundheitsmanagement

sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert.

Die **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)** wehrt sich gegen eine Neuauslegung der Arbeitszeitverordnung durch das Bundesinnenministerium (BMI). Bisher wurden „Pausen unter Bereithaltung“ auf die Arbeitszeit angerechnet, denn gerade für operativ tätige Beamtinnen und Beamte ist eine Pause ohne ständige Bereithaltung vielfach nicht möglich. Diese Anrechnung soll es laut BMI zukünftig nicht mehr geben: Sie soll nur erfolgen, wenn eine Ruhepause aufgrund einer Heranziehung zur Arbeitsleistung den Umfang von jeweils 15 Minuten (Mindestpausenzeit) unterschreite. BDZ und der BDZ-geführte Hauptpersonalrat widersprechen dem vehement und verweisen auf die seit 2006 bewährte und allgemein akzeptierte Praxis der pausenlosen Arbeitszeit. Vor weiteren Gesprächen mit dem BMI zum Thema will sich der BDZ auf eine einheitliche Linie mit der dbb Mitgliedsgewerkschaft DPoLG Bundespolizeigewerkschaft verständigen

Der **dbb** hat am 25. September 2013 für seine Mitgliedsgewerkschaft **Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB)** einen neuen Tarifvertrag über die Betriebsrätestrukturen bei der LHBw Bekleidungs-gesellschaft verhandelt. Demnach gibt es zukünftig mit den Regionen Nord, Ost, West, Süd und der Hauptverwaltung fünf Wahlbetriebe. Von 2014 bis 2018 bestehen die Betriebsratsgremien in den Regionen aus jeweils 11 Mitgliedern, wobei pro Region je eine volle sowie eine halbe Freistellung vereinbart worden ist. In der Hauptverwaltung gilt für die Betriebsratsgröße die gesetzliche Regelung, hier kann ein Betriebsratsmitglied freigestellt werden. Die fünf Betriebsräte bilden einen Gesamtbetriebsrat, jeder Betriebsrat entsendet dorthin jeweils zwei Vertreter. Für den Zeitraum ab 2018 sind je Region neun Betriebsratsmitglieder zu wählen. Es ist dann jeweils ein Betriebsratsmitglied pro Region vollständig freizustellen. Hinsichtlich der Hauptverwaltung bleibt es bei der Regelung, die dort auch bereits ab 2014 gilt. Die

Betriebsratswahl 2014 soll einheitlich in der 20. Kalenderwoche durchgeführt werden.

Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** hat im September Widerspruch gegen eine Allgemeinverfügung des Eisenbahnbundesamtes (EBA) eingelegt, nach der Lokomotivführer eine Meldung beim Fahrdienstleiter erstatten müssen, wenn sie bei einer Geschwindigkeit unter 25 Stundenkilometer sanden (also Sand auf die Schienen aufbringen, um die Reibung zwischen Rad und Schiene zu erhöhen). Zwar ist die GDL als Berufsverband rein formal nicht widerspruchsbe-rechtigt, will aber auf jeden Fall verhindern, dass die Verantwortung allein auf die Lokomotivführer und Fahrdienstleister verlagert wird. Das Sanden sei zwar grundsätzlich kein Problem, jedoch müsse es im richtigen Maße erfolgen, da durch zu viel Sand der Stromkreis zwischen Radsatz und Schiene unterbrochen werde. Dies könne dazu führen, dass die Besetzmeldung des Gleises beim Fahrdienstleister unterbleibt, wodurch schon mehrere kritische Situationen entstanden. Die GDL fordert daher unter anderem den Einsatz technischer Hilfsmittel.

Die Koalitionäre einer neuen Bundesregierung sollen eine Lösung für eine gerechte, zukunfts-fähige Altersversorgung für Frauen schon im Koalitionsvertrag verankern. Das forderte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 26. September 2013 auf dem Landesfrauentag des dbb Hessen in Fulda. Die Berücksichtigung der Erziehungszeiten in der Alterssicherung sei eine einfach umsetzbare und systemgerechte Lösung, die weiblichen und männlichen Beschäftigten gleicher Maße helfe. „Die Anerkennung von drei Entgeltpunkten für alle Mütter, die ihre Kinder vor dem 1. Januar 1992 geboren haben, ist eine dringend notwendige Korrektur bestehenden Unrechts. Denn diese Mütter haben mindestens gleichwertige Erziehungsleistungen erbracht wie Mütter von Kindern, die erst nach diesem Stichtag geboren wurden“, sagte Wildfeuer.  
(11/39/13)